

**Gemeinsame  
Obere Luftfahrtbehörde  
Berlin-Brandenburg**

**Änderungsplanfeststellungsbeschluss**

**„Kompensationspool 3“**

**30. Änderung des Planfeststellungsbeschlusses  
„Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“  
vom 13. August 2004**

**in der Fassung der 29. Änderung vom 13. Juli 2017**

**vom 15. Dezember 2017**



**Gesch.-Z.: 41-5/01/30/109**



## Inhaltsverzeichnis

<b>A</b>	<b>Verfügung .....</b>	<b>5</b>
<b>I</b>	<b>Feststellung der Pläne.....</b>	<b>5</b>
<b>1</b>	<b>Grunderwerb .....</b>	<b>5</b>
<b>2</b>	<b>Landschaftspflegerischer Begleitplan .....</b>	<b>5</b>
<b>II</b>	<b>Nebenbestimmungen und Erlaubnisse .....</b>	<b>5</b>
<b>III</b>	<b>Kostenentscheidung .....</b>	<b>6</b>
<b>B</b>	<b>Sachverhalt .....</b>	<b>7</b>
<b>I</b>	<b>Vorbehalt in den Planänderungen zum Planfeststellungsbeschluss vom 13. August 2004 .....</b>	<b>7</b>
<b>II</b>	<b>Zur Planfeststellung beantragtes Vorhaben .....</b>	<b>7</b>
<b>III</b>	<b>Planfeststellungsverfahren .....</b>	<b>7</b>
<b>1</b>	<b>Antrag und Antragsunterlagen .....</b>	<b>7</b>
<b>1.1</b>	<b>Zur Planfeststellung beantragte Pläne, Verzeichnisse und sonstige Unterlagen .....</b>	<b>7</b>
<b>1.2</b>	<b>Antragsbegründung .....</b>	<b>8</b>
<b>2</b>	<b>Verfahrensgang.....</b>	<b>8</b>
<b>2.1</b>	<b>Beteiligung von Behörden, Gebietskörperschaften und Verbänden.....</b>	<b>8</b>
<b>2.2</b>	<b>Beteiligung von betroffenen Dritten .....</b>	<b>9</b>
<b>C</b>	<b>Entscheidungsgründe .....</b>	<b>10</b>
<b>I</b>	<b>Verfahrensrechtliche Bewertung .....</b>	<b>10</b>
<b>1</b>	<b>Zuständigkeit.....</b>	<b>10</b>
<b>2</b>	<b>Planänderung von unwesentlicher Bedeutung nach § 76 Abs. 3 VwVfG.....</b>	<b>10</b>
<b>2.1</b>	<b>Änderung von unwesentlicher Bedeutung .....</b>	<b>10</b>
<b>2.1.1</b>	<b>Unveränderter Umfang und Zweck des Vorhabens .....</b>	<b>10</b>
<b>2.1.2</b>	<b>Gewichtige Belastungen sind ausgeschlossen .....</b>	<b>11</b>
<b>2.2</b>	<b>Vereinfachtes Verfahren - Ermessensentscheidung .....</b>	<b>11</b>
<b>3</b>	<b>Umfang der Planfeststellung .....</b>	<b>12</b>



4	Umweltverträglichkeitsprüfung .....	12
II	Materiell-rechtliche Würdigung .....	12
1	Entscheidungsreife.....	13
2	Planrechtfertigung .....	13
3	Abwägung.....	13
4	Alternativen .....	14
5	Natur und Landschaft .....	14
5.1	Fachliche Geeignetheit der ergänzten Kompensationsmaßnahme.....	14
5.1.1	Räumlich-funktionaler Zusammenhang.....	15
5.1.2	Zeitlicher Zusammenhang.....	15
5.1.3	Aufwertungsbedürftige und -fähige Flächen.....	15
5.2	Berücksichtigung agrarstruktureller Belange gemäß § 15 Abs. 3 BNatSchG .....	16
5.3	Berücksichtigung fachbehördlicher Stellungnahmen .....	16
6	Denkmalschutz.....	17
7	Landwirtschaft .....	17
8	Leitungen und Anlagen .....	18
9	Grundeigentum .....	18
D	Abschließende Gesamtbetrachtung.....	19
E	Hinweis zur sofortigen Vollziehbarkeit .....	20
F	Kostenentscheidung .....	21
G	Rechtsbehelfsbelehrung.....	22

## **A Verfügung**

Der Planfeststellungsbeschluss vom 13. August 2004 in der Fassung des 29. Änderungsplanfeststellungsbeschlusses vom 13. Juli 2017 wird durch diesen Änderungsplanfeststellungsbeschluss wie folgt geändert.

### **I Feststellung der Pläne**

Die Planfeststellungsbehörde stellt nach §§ 8 Abs. 1, 9 und 10 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) in Verbindung mit § 76 Abs. 3 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) auf Antrag der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB) folgende Pläne nach Maßgabe des Abschnitts A I „Feststellung der Pläne“ fest

#### **1 Grunderwerb**

Der folgende in Abschnitt A I 9 planfestgestellte Plan des Grunderwerbs wird entsprechend des Deckblattes geändert:

Plan G-0004.0-A4	Grunderwerb	M 1 : 1 000
i. d. F. des Plans	Deckblatt, Grunderwerbsplan	
G-0004.0-A5	(30.06.2017)	

Das unter Abschnitt A I 10 planfestgestellte Grunderwerbsverzeichnis G 1.2 wird durch folgende Deckblätter geändert 31-A4, 31-B3, 31-D2, 31-E2, 31-F1 und 34-B2

#### **2 Landschaftspflegerischer Begleitplan**

Der in Abschnitt A I 12 planfestgestellte Tabellenanhang H9

- a) Teil 3 A: Mustermaßnahmentypen wird durch die Seite 5E-A3 und
  - b) Teil 3 B: Maßnahmenblätter wird durch die Seiten 6E-A2 und 223E
- zuzüglich Deckblatt geändert bzw. ergänzt.

Der folgende in Abschnitt A I 12 planfestgestellte Plan des Landschaftspflegerischen Begleitplans (LBP) wird entsprechend des Deckblattes geändert:

H 6.2-3E Ae1	Landschaftspflegerischer Begleitplan,	M 1 : 5 000
i. d. F. des Plans	Maßnahmenplan	
H 6.2-3E Ae1-A1	Lageplan - Deckblatt	
	(30.06.2017)	

### **II Nebenbestimmungen und Erlaubnisse**

Die verfügbaren Regelungen und Festsetzungen des Planfeststellungsbeschlusses „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“ in der Fassung der letzten Änderung gelten auch für diesen Änderungsplanfeststellungsbeschluss. Ergänzend wird folgendes geregelt und festgesetzt:



- 1) Auflage A II 9.1.2 wird um folgenden Absatz ergänzt

Die Maßnahme WS 327 ist einschließlich der Fertigstellungspflege gemäß DIN 18915 bis 18920 innerhalb von drei Jahren nach Zustellung des Änderungsplanfeststellungsbeschlusses „Kompensationspool 3“ - 30. Änderung des Planfeststellungsbeschlusses „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“ vom 13. August 2004 in der Fassung des 29. Änderungsplanfeststellungsbeschlusses vom 13. Juli 2017 - abzuschließen.

- 2) Die Entscheidung unter Auflage A II 17.1 wird um den folgenden Absatz ergänzt:

Es wird die Erlaubnis erteilt, die bisherige Bodennutzung der für die Kompensationsmaßnahme WS 327 erforderlichen Grundstücke, von denen bekannt ist, dass sie Bodendenkmale bergen, zu verändern.

### **III Kostenentscheidung**

Die Antragstellerin hat die Kosten des Planänderungsverfahrens zu tragen. Die Kosten werden durch einen gesonderten Bescheid festgesetzt.

## **B Sachverhalt**

Antragstellerin für das Änderungsvorhaben ist die FBB. Sie ist zugleich Trägerin des Vorhabens. Die Flughafengesellschaft hat mit Schreiben vom 30.06.2017 den Planänderungsantrag Nr. 35 „Kompensationspool 3“ bei der Planfeststellungsbehörde - der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) - gestellt.

### **I Vorbehalt in den Planänderungen zum Planfeststellungsbeschluss vom 13. August 2004**

Durch den

- Änderungsplanfeststellungsbeschluss „Rollbahnen C1 und Y1“, 25. Änderung des Planfeststellungsbeschlusses (30. September 2016), den
- Änderungsplanfeststellungsbeschluss „Ramp 1 - Interim Bund“, 26. Änderung des Planfeststellungsbeschlusses (12. Dezember 2016) und den
- Änderungsplanfeststellungsbeschluss „Temporäre Maßnahmen Rollbahn K5, Rollbahn K6 inkl. Anschluss an Rollbahn G, Vorfeld 3b“, 27. Änderung des Planfeststellungsbeschlusses (23. Mai 2017)

ist ein Defizit an Kompensationsmaßnahmen entstanden. Da erst mit Feststellung der letzten dem Ausbauprogramm BER zuzuordnenden Planänderung absehbar war, welches Gesamtdefizit zu kompensieren ist, konnte eine abschließende Entscheidung über die Festsetzung konkreter Maßnahmen nicht vorher getroffen werden. Zudem wurde in den Planänderungen festgestellt, dass die Realisierung des erforderlichen Kompensationsbedarfs in einem zusammenhängenden Konzept naturschutzfachlich sinnvoll ist. In den vorgenannten Planänderungen wurde der Vorhabenträgerin dementsprechend die Durchführung von Kompensationsmaßnahmen zwar bereits dem Grunde nach aufgegeben. Die abschließende Entscheidung über deren grundstücksscharfe Verortung blieb jedoch dem ergänzenden Planänderungsverfahren „Kompensationspool 3“ vorbehalten.

### **II Zur Planfeststellung beantragtes Vorhaben**

Gegenstand des Antrages ist die Festsetzung einer komplexen Kompensationsmaßnahme (Kompensationspool 3), um das aus den Änderungsplanfeststellungsbeschlüssen bedingte Kompensationsdefizit auszugleichen. Hierzu soll die Maßnahme WS 327 (Wiesen- und Staudenfluren) auf einer Intensivackerfläche im Bereich des östlichen An-/Abflugkorridors auf einer Gesamtfläche von 20.693 m<sup>2</sup> umgesetzt werden.

### **III Planfeststellungsverfahren**

#### **1 Antrag und Antragsunterlagen**

Nach Einreichen des Antrages am 30.06.2017 wurde dieser auf Vollständigkeit, Widerspruchsfreiheit und Erkennbarkeit der Betroffenheiten geprüft. Im Ergebnis der Prüfung wurde festgestellt, dass weder eine Änderung noch weitere Unterlagen erforderlich sind.

#### **1.1 Zur Planfeststellung beantragte Pläne, Verzeichnisse und sonstige Unterlagen**

Der von den Trägern des Vorhabens eingereichte Planänderungsantrag enthält zusammengefasst folgende Unterlagen:



### Zur Feststellung beantragte Pläne

- Landschaftspflegerischer Begleitplan, Maßnahmenplan, Deckblatt - Lageplan
- Grunderwerb, Grunderwerbsplan, Deckblatt - Lageplan

### Zur Feststellung beantragter Tabellenanhang und beantragtes Verzeichnis

- Tabellenanhang H9
  - Teil 3A, Mustermaßnahmentyp,
  - Teil 3B, Mustermaßnahmenblatt
- Grunderwerbsverzeichnis, G 1 2

### Beigestellte Unterlagen

- H Landschaftspflegerischer Begleitplan, Erläuterungsbericht, Kapitel 0 - 3

## 1.2 Antragsbegründung

Die FBB begründet Ihren Antrag im Wesentlichen wie folgt:

Die 25., 26 und 27 Planänderung haben Auswirkungen auf Natur und Landschaft und damit Änderungen zum planfestgestellten Landschaftspflegerischen Begleitplan (LBP) in Form von zusätzlichen Eingriffen in Biotope bedingt. Diese wurden in den jeweiligen Antragsunterlagen dargestellt und bezüglich des daraus resultierenden Kompensationsbedarfs unter dem Vorbehalt eines Planänderungsverfahrens planfestgestellt.

Da sich alle Kompensationsbedarfe auf denselben Maßnahmentyp (Wiesen- und Staudenfluren) beziehen, ist der planfestgestellte LBP lediglich um eine konkrete Einzelmaßnahme dieses Maßnahmentyps zu ergänzen.

Die Verortung der Maßnahme unmittelbar anschließend an bereits planfestgestellte Kompensationsmaßnahmen der FBB östlich der Bundesautobahn A 113 wurde bereits im Rahmen der vorgenannten Planänderungen mit der zuständigen Naturschutzbehörde abgestimmt. Es werden zudem die Belange der Gemeinde Schönefeld beachtet, welche dort im Flächennutzungsplan großflächig Intensiväcker als „Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft“ ausgewiesen hat.

## 2 Verfahrensgang

### 2.1 Beteiligung von Behörden, Gebietskörperschaften und Verbänden

Die Träger öffentlicher Belange sowie die anerkannten Naturschutzverbände wurden mit Schreiben vom 13.07.2017 beteiligt.

Die Planfeststellungsbehörde hat folgenden Trägern öffentlicher Belange sowie anerkannten Naturschutzverbänden Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben:

- Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft
- Landesamt für Umwelt
- Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung



- Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum
- Landkreis Dahme-Spreewald, Untere Naturschutzbehörde
- Landesbetrieb Straßenwesen
- Gemeinde Schönefeld
- Landesburo anerkannter Naturschutzverbände GbR

Im Folgenden wird der wesentliche Inhalt der abgegebenen Stellungnahmen wiedergegeben:

Das **Landesamt für Umwelt** führt aus, dass mit der Umsetzung des Kompensationspools 3 dem Kompensationserfordernis entsprochen werde und hinsichtlich der Maßnahmenumsetzung § 40 Abs. 4 Nr. 4 Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) zu berücksichtigen sei.

Seitens des **Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum** wird auf ein bestehendes Bodendenkmal (BD12477) im Bereich der für die Kompensationsmaßnahme vorgesehenen Fläche und die daraufhin erforderliche Einhaltung bestimmter Auflagen hingewiesen

Das **Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung** führt aus, dass von der vorgelegten Planung kein Flurneuordnungsverfahren betroffen sei, weist jedoch darauf hin, dass dem ständig steigenden Entzug landwirtschaftlicher Nutzfläche entgegenzuwirken sei. Ausgleichsmaßnahmen sollten möglichst nicht auf landwirtschaftlichen Nutzflächen erfolgen.

Die **Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Dahme-Spreewald** hat keine Einwände gegen den Änderungsantrag. Sie weist darauf hin, dass die Mahdtermine außerhalb der Brutzeit von bodenbrütenden Vogelarten zu legen seien. Das Entwicklungskonzept habe das Belassen ungemähter Grünlandsäume in die Wiesenmanagementplanung einzubeziehen und sei der Unteren Naturschutzbehörde vorzulegen.

Der **BUND** sowie der **Landesbetrieb Straßenwesen** erheben keine Bedenken gegen das Vorhaben.

Die FBB hat mit Schreiben vom 07.09.2017 auf die Stellungnahmen erwidert.

## 2.2 Beteiligung von betroffenen Dritten

Die von dem Vorhaben betroffenen Dritten wurden mit Schreiben vom 13.07.2017 angehört.

Da sich die von der Maßnahme beanspruchten Flächen im Eigentum der Antragstellerin befinden, waren lediglich zwei auf den betroffenen Flurstücken befindliche Pächter zu beteiligen. Diese haben keine Einwendungen gegen das Vorhaben erhoben.



## **C Entscheidungsgründe**

Dem Antrag auf Änderung des Planfeststellungsbeschlusses wird unter Abwägung aller für und gegen das Vorhaben sprechenden Belange stattgegeben. Der Planfeststellungsbeschluss vom 13. August 2004 in der Fassung des 29. Änderungsplanfeststellungsbeschlusses vom 13. Juli 2017 wird in dem aus dem Tenor dieses Beschlusses ersichtlichen Umfang geändert.

### **I Verfahrensrechtliche Bewertung**

#### **1 Zuständigkeit**

Für diesen Planfeststellungsbeschluss ist die LuBB als Planfeststellungsbehörde sachlich und örtlich zuständig. Dies ergibt sich aus § 1 Abs. 1, Satz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg (VwVfGBbg) i. V. m. § 76 VwVfG i. V. m. § 10 Abs. 1 LuftVG, § 1 Abs. 2, § 2 Abs. 1, Satz 1 der Verordnung zur Bestimmung der zuständigen Behörden auf den Gebieten der Luftfahrt und der Luftsicherheit im Land Brandenburg (Luftfahrt- und Luftsicherheitszuständigkeitsverordnung - LuFaLuSiZV - vom 2. Juli 1994, zuletzt geändert durch Verordnung vom 19. Juli 2013).

#### **2 Planänderung von unwesentlicher Bedeutung nach § 76 Abs. 3 VwVfG**

Mit dem Planänderungsantrag der FBB wird eine Änderung des Planfeststellungsbeschlusses „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“ vor Fertigstellung des Vorhabens beantragt. Das Verfahren richtet sich nach § 76 VwVfG. Grundsätzlich bedarf die Änderung gemäß § 76 Abs. 1 VwVfG eines neuen Planfeststellungsverfahrens. Hier handelt es sich jedoch um eine Änderung von unwesentlicher Bedeutung, für die nach § 76 Abs. 3 VwVfG in einem vereinfachten Planfeststellungsverfahren entschieden werden kann.

##### **2.1 Änderung von unwesentlicher Bedeutung**

Eine Änderung ist von unwesentlicher Bedeutung, wenn sie die mit der Planung verfolgte Zielsetzung und die bereits getroffene Abwägung aller Belange in ihrer Struktur unberührt lässt. Es muss dabei sichergestellt sein, dass die Änderung die Frage der sachgerechten Zielsetzung und Abwägung des Gesamtvorhabens nicht aufs Neue aufwirft. Davon ist auszugehen, wenn Umfang und Zweck des Vorhabens im Wesentlichen gleich bleiben und zusätzliche belastende Auswirkungen von einigem Gewicht sowohl auf die Umgebung als auch hinsichtlich der Belange Einzelner auszuschließen sind (BVerwG, Urteil vom 20.10.1989, Az. 4 C 12/87). Dem steht nicht entgegen, dass gegebenenfalls die Belange eines einzelnen Betroffenen durch die Änderung geringfügig stärker berührt werden als durch die ursprüngliche Planung (BVerwG, Urteil vom 17.12.2009, Az. 7 A 7/09). Eine dem Vorgenannten entsprechende Änderung unwesentlicher Bedeutung liegt hier vor.

##### **2.1.1 Unveränderter Umfang und Zweck des Vorhabens**

Die beantragte Ergänzung einer neuen Kompensationsmaßnahme führt nicht dazu, dass Umfang und Zweck des Gesamtvorhabens „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“ verändert werden. Es werden lediglich die Folgen bewältigt, die durch die im Rahmen der 25. bis 27. Planänderung bedingten Eingriffe in Natur und Landschaft, deren Kompensation dem gegenständlichen Planänderungsbeschluss vorbehalten wurden, hervorgerufen werden.

Umfang und Zweck des Vorhabens wären lediglich dann verändert, wenn durch die beantragte Planänderung die bisherige Konzeption in einem nicht nur peripheren, sondern den Charakter des Vorhabens kennzeichnenden Bereich zumindest teilweise erheblich anders ausgestaltet werden würde. Im



Verhältnis zum Flughafenaußbauvorhaben ist die beantragte Ergänzung der Kompensationsmaßnahme von untergeordneter Bedeutung. Die bau- und fachplanerische Gesamtkonzeption bleibt davon unverändert.

### **2.1.2 Gewichtige Belastungen sind ausgeschlossen**

Bezüglich der beantragten Ergänzung können zusätzliche Belastungen von einigem Gewicht sowohl hinsichtlich privater als auch öffentlicher Belange ausgeschlossen werden.

Durch die beantragte Ergänzung der Maßnahme WS 327 werden Rechte privater Dritter zwar teilweise berührt, die Beeinträchtigungen haben jedoch kein solches Gewicht, dass sich die Genehmigungsfrage wesentlich anders gestellt hätte, wenn die Ergänzung von vornherein in die Planfeststellung einbezogen worden wäre; im Verhältnis zum Gesamtvorhaben handelt es sich nur um eine geringfügige Änderung. Die Kompensationsmaßnahme liegt vollständig auf Flurstücken, die sich bereits im Eigentum der Vorhabenträgerin befinden. Lediglich zwei Pächter, die mit der Vorhabenträgerin über von der Planänderung umfasste Flurstücke jährlich kündbare Pachtverträge abgeschlossen haben, sind von dem ergänzenden Planfeststellungsverfahren berührt. Diese haben jedoch keine Einwendungen gegen das Vorhaben geltend gemacht.

Öffentliche Belange sind ebenfalls nicht gewichtig betroffen. Die betroffenen öffentlichen Belange der durch die 25. bis 27. Planänderung festgestellten Maßnahmen sowie die der FBB auferlegte generelle Verpflichtung der Kompensation der dadurch zugelassenen Eingriffe wurden bereits im Rahmen der vorgenannten Planänderungsverfahren geprüft und als nicht gewichtig betroffen bewertet. Durch die nunmehr konkrete und grundstücksscharfe Festlegung der ergänzten Kompensationsmaßnahme WS 327 wird lediglich der Vorbehalt dieser Planänderungen ausgefüllt. Neue erhebliche Eingriffe sind damit nicht verbunden. Insbesondere wird die Maßnahme nicht in sensiblen und daher geschützten Gebieten geplant.

## **2.2 Vereinfachtes Verfahren - Ermessensentscheidung**

Aufgrund der vorgenannten Umstände wird auf die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens nach § 76 Abs. 1 VwVfG verzichtet. Die Planfeststellungsbehörde hält es für geboten, ein vereinfachtes Planfeststellungsverfahren nach § 76 Abs. 3 VwVfG durchzuführen.

Dieser Entscheidung liegt lediglich die grundstücksscharfe Festlegung des in den Planänderungen Nr. 25 bis 27 vorbehaltenen Kompensationsmaßnahme zugrunde. Die grundsätzliche Entscheidung über die Art und den Umfang des erforderlichen Kompensationserfordernisses wurde bereits in den vorgenannten Planänderungsverfahren getroffen, im Rahmen derer die Träger öffentlicher Belange Gelegenheit hatten, ihre Anregungen oder Bedenken geltend zu machen. Es ist daher gerechtfertigt in allen Fällen, in denen das Plangefüge des so kontrollierten Vorhabens in seinen Grundzügen unberührt bleibt, auf eine erneute umfassende Beteiligung zu verzichten (BVerwG, Urteil vom 20.10.1989, Az. 4 C 12/87).

Ein weiterer Informationsgewinn wäre durch eine Beteiligung in einem förmlichen Planfeststellungsverfahren nach § 76 Abs. 1 VwVfG nicht zu erwarten. Einzelne klärungsbedürftige Punkte, insbesondere im Hinblick auf betroffene Pächter, können im Rahmen einer individuellen Beteiligung bewertet werden. Ein förmliches Verfahren nach § 76 Abs. 1 VwVfG würde unnötigen Kosten- und Zeitaufwand zur Folge haben. Aus Gründen der Verfahrensökonomie wird daher auf die Durchführung eines Verfahrens nach § 76 Abs. 1 VwVfG verzichtet und im vereinfachten Planfeststellungsverfahren nach § 76 Abs. 3 VwVfG entschieden.



Dieses Ergebnis wird im Übrigen von dem Umstand getragen, dass die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und damit eine Öffentlichkeitsbeteiligung nach Maßgabe des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) nicht erforderlich sind (vgl. dazu unten)

### **3 Umfang der Planfeststellung**

Gemäß § 9 LuftVG ersetzt die luftrechtliche Planfeststellung alle nach anderen Rechtsvorschriften notwendigen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse und Zustimmungen. Durch die Planfeststellung wird die Zulässigkeit des Vorhabens einschließlich der notwendigen Folgemaßnahmen im Hinblick auf alle von ihm berührten öffentlichen Belange festgestellt und es werden alle öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen der Vorhabenträgerin und den durch den Plan Betroffenen rechtsgestaltend geregelt (§ 75 VwVfG).

Der Planfeststellungsbeschluss vom 13. August 2004 in der Fassung des 29. Änderungsplanfeststellungsbeschlusses vom 23. Mai 2017 wird im Umfang der durch den vorliegenden Änderungsplanfeststellungsbeschluss getroffenen Regelungen modifiziert. Alle bisher getroffenen Regelungen und Nebenbestimmungen aus den vorherigen Beschlüssen zu Planänderungen und Planergänzungen für das Vorhaben „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“ gelten weiter, soweit sie durch diesen Änderungsplanfeststellungsbeschluss nicht ergänzt, geändert oder aufgehoben werden

Der hier vorliegende Änderungsplanfeststellungsbeschluss verschmilzt mit dem ursprünglichen Planfeststellungsbeschluss vom 13. August 2004 in Gestalt der letzten Planänderung zu einer Einheit (BVerwG, Urteil vom 23.01.1981, Az. 4 C 68/78). Damit finden alle dort getroffenen Regelungen auch auf die hier neu oder geändert festgestellten Maßnahmen Anwendung.

### **4 Umweltverträglichkeitsprüfung**

Für das Änderungsvorhaben besteht keine Verpflichtung zur Durchführung einer UVP. Die verbindliche Feststellung der beantragten Kompensationsmaßnahme löst für sich genommen keine UVP- bzw. Umweltverträglichkeitsvorprüfungspflicht gemäß §§ 6, 7 UVPG aus, da die Maßnahme WS 327 des LBP kein Vorhaben im Sinne der Anlage 1 zum UVPG darstellt.

Ebenso kommt eine UVP- bzw. Umweltverträglichkeitsvorprüfungspflicht nach § 9 Abs. 1 UVPG nicht in Betracht, da die beantragte Planänderung keine Änderung des (Grund-)Vorhabens im Sinne der vorgenannten Norm ist. Das hier vorliegende Grundvorhaben betrifft den Ausbau des Verkehrsflughafens Berlin-Schönefeld, dessen UVP-Pflicht sich aus Nr. 14.12.1 der Anlage 1 zum UVPG ergibt. Danach ist der Bau eines Flugplatzes mit einer Start- und Landebahngründlänge von 1 500 m oder mehr UVP-pflichtig. Der Tatbestand betrifft im Falle von Änderungen eines Flugplatzes nicht nur Arbeiten, die eine Veränderung der Bahn zum Gegenstand haben, sondern vielmehr alle Arbeiten an Gebäuden, Anlagen oder der Ausrüstung des Flugplatzes, sofern sie - insbesondere aufgrund ihrer Art, ihres Umfangs und ihrer Merkmale - als Änderung des Flugplatzes selbst anzusehen sind. Die Ergänzung der Maßnahme WS 327 im LBP hat keine Veränderung von Gebäuden, Anlagen oder der Ausrüstung des Flughafens zum Gegenstand, weshalb eine Änderung desselben im Sinne des UVPG nicht vorliegt.

## **II Materiell-rechtliche Würdigung**

Dieser Änderungsplanfeststellungsbeschluss beruht auf § 76 Abs. 3 VwVfG sowie §§ 8ff. LuftVG. Das nach Maßgabe des Ziels des Luftverkehrsrechts gerechtfertigte Änderungsvorhaben konnte nach Abwägung der von dem Vorhaben berührten Belange zugelassen werden.



## **1 Entscheidungsreife**

Die Planunterlagen, die eingegangenen Stellungnahmen und die sonstigen nachgereichten Unterlagen haben der Planfeststellungsbehörde eingehende und umfassende Kenntnisse über die möglichen Auswirkungen des Änderungsvorhabens vermittelt. Dies versetzte die Planfeststellungsbehörde in die Lage, über den Planänderungsantrag zu entscheiden. Weitere Stellungnahmen, Untersuchungen oder Gutachten waren angesichts des erreichten Sachstandes nicht erforderlich.

## **2 Planrechtfertigung**

Die Planrechtfertigung ist gegeben. Grundsätzlich ist die Planung eines Flugplatzes dann gerechtfertigt, wenn für das Vorhaben, gemessen an den Zielsetzungen des jeweiligen Fachplanungsgesetzes, Bedarf besteht, die geplante Maßnahme unter diesem Blickwinkel also erforderlich ist. Das ist nicht erst bei Unausweichlichkeit des Vorhabens der Fall, sondern schon dann, wenn es vernünftigerweise geboten ist. Im Falle einer Planänderung muss nicht die Planänderung als solche im Sinne einer Planrechtfertigung erforderlich sein. Vielmehr muss jetzt für das Vorhaben in seiner geänderten Gestalt ein Bedarf bestehen.

Das Gesamtvorhaben „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“ entspricht dem Erfordernis der fachplanerischen Zielkonformität. Es ist angesichts der prognostizierten Verkehrsentwicklung sowie im Hinblick auf die angestrebte Ersetzung der Verkehrsflughäfen Berlin-Tegel und Berlin-Tempelhof und der damit einhergehenden Verringerung der Umweltbelastungen an diesen dicht besiedelten innerstädtischen Standorten, vernünftigerweise geboten und damit fachplanerisch gerechtfertigt (vgl. PFB vom 13.08.2004, Seite 327f., 335ff.).

Die im Zusammenhang mit der Rechtfertigung für das Vorhaben „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“ herangezogenen Aspekte werden durch den 35. Planänderungsantrag nicht berührt. Der Umfang des Ausbauvorhabens selbst wird nicht geändert. Es ist lediglich die Ergänzung einer in den Planänderungen Nr. 25 bis 27 vorbehaltenen Kompensationsmaßnahme und somit die Änderung des LBP bezweckt. Der LBP dient der Umsetzung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung (§§ 13ff. BNatSchG), dessen Ziel es ist, den fachgesetzlichen Zulässigkeitsvoraussetzungen für ein Vorhaben (hier, dem Fachplanungsrecht für Verkehrsflughäfen i. S. d. LuftVG) ein auf die Bedürfnisse des Naturschutzes und der Landschaftspflege zugeschnittenes „Folgenbeseitigungsprogramm“ zur Seite zu stellen.

Mithin besteht für das Vorhaben „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“ auch in seiner durch die Anpassung des LBP geänderten Gestalt ein Bedarf. Die fachplanerische Zielkonformität des Gesamtvorhabens wird durch die Anpassung und Ergänzung einzelner Kompensationsmaßnahmen nicht in Frage gestellt. Die Planrechtfertigung trägt somit auch die Entscheidung über die Änderung des Planfeststellungsbeschlusses.

## **3 Abwägung**

Gegenstand der Abwägung sind die durch das Änderungsvorhaben betroffenen Belange. In die Abwägung sind insoweit die Belange einzustellen, die durch eine Änderung gegenüber dem Zustand vor der Planfeststellung nachteilig betroffen werden. Hingegen bedarf die Abweichung von dem ursprünglichen Planfeststellungsbeschluss keiner besonderen Rechtfertigung. Der Änderungsplanfeststellungsbeschluss genügt dem Abwägungsgebot, wenn das Vorhaben, so wie es jetzt geplant ist, mit denselben Erwägungen abwägungsfehlerfrei hätte zugelassen werden können, wenn es sogleich zur Entscheidung gestellt worden wäre (vgl. BVerwG, Urteil vom 17.02.2009, Az. 7 A 7/09).



Das ist hier der Fall. Das im Rahmen der Planänderungen Nr. 25 bis 27 festgesetzte zusätzliche Kompensationssoll wird durch die mit diesem Beschluss ergänzte Kompensationsmaßnahme erreicht. Die neue Maßnahme erfüllt die naturschutzrechtlichen Anforderungen an Ersatzmaßnahmen. Die Inanspruchnahme der für die Umsetzung der Kompensationsmaßnahme benötigten Flächen ist verhältnismäßig.

#### **4 Alternativen**

Es bestehen keine gleich geeigneten Alternativen zu dem beantragten Kompensationspool 3. Es ist naturschutzfachlich sinnvoll, die aus den Planänderungen Nr. 25 bis 27 entstandenen Kompensationsanforderungen gebündelt in einer Maßnahme umzusetzen, um bestmögliche Synergieeffekte zu erreichen. Die dafür benötigten Flächen sind zum einen aufgrund ihrer geringen ökologischen Wertigkeit geeignet, um für die Realisierung von Kompensationsmaßnahmen herangezogen zu werden. Zum anderen befinden sich die Flächen bereits im Eigentum der Vorhabenträgerin. Die Nutzung dieser Flächen ist einer Belastung von Flächen Dritter vorzuziehen.

#### **5 Natur und Landschaft**

Gemäß § 15 BNatSchG ist der Verursacher eines Eingriffs verpflichtet, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen. Unvermeidbare Beeinträchtigungen sind durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen (Ausgleichsmaßnahmen) oder zu ersetzen (Ersatzmaßnahmen).

Durch den Planfeststellungsbeschluss „Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld“ vom 13. August 2004 i. V. m. dem Planergänzungsbeschluss „Naturschutz und Landschaftspflege, Komplexe Kompensationsmaßnahmen Zülowniederung“ vom 4. August 2011 sowie dem 28. Änderungsplanfeststellungsbeschluss „Resultierender Landschaftspflegerischer Begleitplan und Kompensationspool 2“ vom 9. Juni 2017 wurde beschieden, dass die durch den Ausbau des Flughafens Berlin-Schönefeld verursachten Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild durch die festgesetzten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie einer Ausgleichsabgabe vollständig kompensiert werden können.

Im Rahmen der 25., 26. und 27. Planänderung und der dadurch bewirkten Zulassung von weiteren Eingriffen in Natur und Landschaft sind die folgenden zusätzlichen Kompensationsdefizite entstanden:

- 25. Planänderung: 149 m<sup>2</sup> Wiesen- und Staudenfluren
- 26. Planänderung: 10.994 m<sup>2</sup> Wiesen- und Staudenfluren
- 27. Planänderung: 9.550 m<sup>2</sup> Wiesen- und Staudenfluren

Die in den vorgenannten Planänderungen vorbehaltene und mit diesem Planänderungsbeschluss festgesetzte neue Ersatzmaßnahme WS 327 (Wiesen- und Staudenflur) mit einem Umfang von 20.693 m<sup>2</sup> deckt das entstandene Kompensationsdefizit und gewährleistet mithin die vollständige Kompensation der Eingriffe nach § 15 BNatSchG.

##### **5.1 Fachliche Geeignetheit der ergänzten Kompensationsmaßnahme**

Die mit diesem Beschluss ergänzte Kompensationsmaßnahme ist fachlich geeignet, das entstandene Kompensationsdefizit zu decken. Sie steht in einem räumlich-funktionalen sowie zeitlichen Zusammenhang mit den durch die Planänderungen bedingten Eingriffen. Sie wird auf aufwertungsbedürftigen und -fähigen Flächen umgesetzt. Zudem wird auf die nach § 15 Abs. 3 BNatSchG zu beachtenden agrarstrukturellen Belange Rücksicht genommen.



### 5.1.1 Räumlich-funktionaler Zusammenhang

Es besteht ein räumlich-funktionaler Zusammenhang zwischen der ergänzten Ersatzmaßnahme und den durch die 25. bis 27. Planänderung verursachten Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft.

Hinsichtlich des funktionalen Zusammenhangs ist zu beachten, dass naturschutzbezogene Maßnahmen den an einen Ersatz zu stellenden Anforderungen auch dann genügen, wenn sie nicht auf Wiederherstellung der vom Eingriff konkret betroffenen Funktionen gerichtet sind. Es genügt vielmehr eine Gleichwertigkeit, was aber nicht gleichbedeutend damit ist, dass jede Maßnahme als Ersatz anerkannt werden könnte, die sich in irgendeiner Beziehung auf die Belange des Naturschutzes positiv auswirkt. Es ist erforderlich, dass die eingriffsbedingten Folgen bewältigt werden. Ersatzmaßnahmen müssen daher aus dem Eingriff ableitbar sein (vgl. Landmann/Rohmer UmweltR/Gellermann § 15 BNatSchG, Rn. 14 18, m. w. N.).

Die planfestgestellten baulichen Maßnahmen der 25. bis 27. Planänderung führen zu einem Verlust vorhandener Vegetationsflächen. Hierbei handelt es sich überwiegend um artenarmen Zierrasen, Intensivgrasland, gärtnerisch gestaltete Freiflächen sowie sonstige ruderale Staudenfluren. Durch die Festsetzung der Maßnahme WS 327 (Wiesen- und Staudenflur) werden die so bewirkten Eingriffe durch die Entwicklung ähnlicher Biotopelemente in gleichwertiger Weise ersetzt.

Es besteht ein räumlicher Zusammenhang zwischen der neu planfestgestellten Kompensationsmaßnahme und den durch die Eingriffe hervorgerufenen Beeinträchtigungen. Da sich die ergänzte Maßnahme im Bereich nordöstlich des Kopfes der nördlichen Start- und Landebahn befindet, werden die beeinträchtigten Funktionen des am Ort des Eingriffs vorkommenden Naturhaushalts und des Landschaftsbildes in dem betroffenen Naturraum ersetzt.

### 5.1.2 Zeitlicher Zusammenhang

Gemäß § 15 Abs. 5 BNatSchG sind unvermeidbare Eingriffe in angemessener Frist auszugleichen oder zu ersetzen. Die Grenze der Angemessenheit der Frist ist dann erreicht, wenn zwischen Eingriff und Kompensation so viel Zeit verstrichen ist, dass sich das mit den jeweils vorgesehenen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen verfolgte Ziel nicht mehr erreichen lässt.

Hinsichtlich der Maßnahmen WS 327 wurde unter A II Nr. 1) beauftragt, dass diese innerhalb von drei Jahren nach Zustellung dieses Änderungsplanfeststellungsbeschlusses einschließlich ihrer Fertigstellungspflege umzusetzen ist. Da mit der Umsetzung somit zeitnah während der Durchführung der baulichen Maßnahmen der Planänderungen Nr. 25 bis 27 sowie bereits vor Inbetriebnahme der südlichen Start- und Landebahn begonnen wird, lässt sich das mit den Ersatzmaßnahmen verfolgte Ziel der Herstellung einer Wiesen- und Staudenflur mithin noch innerhalb angemessener Frist erreichen. Seitens der beteiligten Fachbehörden sowie der Naturschutzvereinigungen wurden keine Anhaltspunkte vorgebracht, die gegen diese Annahme sprechen.

### 5.1.3 Aufwertungsbedürftige und -fähige Flächen

Zur Kompensation geeignet sind nur solche Flächen, die in einen Zustand versetzt werden können, der sich im Vergleich zum früheren als ökologisch höherwertig einstufen lässt.

Bereits im Rahmen der Planänderungen Nr. 25 bis 27 wurde festgestellt, dass die für die Ersatzmaßnahme vorgesehenen Flächen sowohl aufwertungsbedürftig als auch aufwertungsfähig sind. Die Maßnahme WS 327 ist auf Intensivackerflächen der Wertstufe 1 geplant. Durch die Maßnahme erfolgt eine Aufwertung der Flächen auf mindestens Wertstufe 3 (Frischwiesen), ggf. sogar bis zur Wertstufe 5 (Sandtrockenrasen).



## 5.2 Berücksichtigung agrarstruktureller Belange gemäß § 15 Abs. 3 BNatSchG

Nach Auffassung der Planfeststellungsbehörde wird bei der vorliegenden Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen für die neu geplanten Ersatzmaßnahmen ausreichend auf agrarstrukturelle Belange gemäß § 15 Abs. 3 BNatSchG Rücksicht genommen.

Gemäß § 15 Abs. 3 BNatSchG sind die für die landwirtschaftliche Nutzung besonders geeigneten Böden nur im notwendigen Umfang in Anspruch zu nehmen. Dabei ist vorrangig zu prüfen, ob der Ausgleich oder Ersatz auch durch Maßnahmen zur Entseiegelung, durch Maßnahmen zur Wiedervernetzung von Lebensräumen oder durch Bewirtschaftungs- oder Pflegemaßnahmen, die der dauerhaften Aufwertung des Naturhaushalts oder des Landschaftsbildes dienen, erbracht werden kann. Dadurch soll möglichst vermieden werden, dass diese Flächen aus der Nutzung genommen werden. Es handelt sich mithin um ein Rücksichtnahmegebot.

Für die Eingriffe durch die Maßnahmen des Ausbauprogrammes BER, die im Rahmen der 25. bis 27. Planänderung zugelassen wurden, wurde festgestellt, dass keine Entseiegelungspotenziale als Kompensation vorhanden sind. Der Vorhabenträgerin wurde daraufhin - nach Durchführung der naturschutzrechtlichen Abwägung - zur Kompensation der Eingriffe in das Schutzgut Boden jeweils die Einrichtung einer Ersatzzahlung auferlegt.

Die Maßnahme WS 327, die der Kompensation von Eingriffen in das Schutzgut Vegetation dient, soll auf Intensivackerflächen umgesetzt werden. Die agrarstrukturellen Belange nach § 15 Abs. 3 BNatSchG wurden insoweit berücksichtigt, als dass die genannten Maßnahmen nicht auf für die landwirtschaftliche Nutzung besonders geeigneten Böden im Gebiet der Gemeinde Schönefeld geplant wurden. Besonders geeignete Böden sind nur solche, die nach Lage und Qualität überdurchschnittlich ertragreich sind. Das erfordert eine spürbar über dem Mittel liegende Ackerzahl. Gemäß der „Datensammlung für die Betriebsplanung und die betriebswirtschaftliche Bewertung landwirtschaftlicher Produktionsverfahren im Land Brandenburg - Ackerbau/Grünlandwirtschaft/Tierproduktion - Ausgabe 2016“ (Herausgeber: Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung) liegen die Ackerzahlen für die in Anspruch zu nehmenden Flächen bei etwa 30 der bis zu 100 Punkten reichenden Werteskala und somit im unteren Bereich.

Zudem ist zu berücksichtigen, dass die von der vorliegenden Planänderung betroffenen Flächen im aktuell gültigen Flächennutzungsplan der Gemeinde Schönefeld vom 02.11.2011 als Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft, mithin insbesondere für die Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen, bestimmt sind. Eine landwirtschaftliche Nutzung der Flächen ist nicht vorgesehen.

Gegenüber dem öffentlichen Interesse an der Kompensation der Eingriffe haben die Interessen der Landwirtschaft an einer uneingeschränkten Nutzung der Flächen aufgrund vorgenannter Erwägungen zurückzustehen. Das Kompensationsinteresse hat vorliegend im Übrigen ein besonderes Gewicht, da durch die Vernetzung und Synergien der ergänzten Maßnahme ein gesteigerter Kompensationseffekt zu erwarten ist.

## 5.3 Berücksichtigung fachbehördlicher Stellungnahmen

Die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Dahme-Spreewald hat darauf hingewiesen, dass die Mahdtermine der Maßnahme WS 327 außerhalb der Brutzeit von bodenbrutenden Vogelarten zu legen sind und das Belassen ungemähter Grünlandsäume in die Wiesenmanagementplanung einzubeziehen ist. Das entsprechend anzufertigende Entwicklungskonzept ist der Unteren Naturschutzbehörde vorzulegen. Auf eine ergänzende Auflage zur Vorlagepflicht des Entwicklungskonzepts wurde seitens der



Planfeststellungsbehörde verzichtet. Das gemäß dem bereits planfestgestellten Mustermaßnahmentyp 3 erforderliche Entwicklungskonzept ist im Rahmen der Landschaftspflegerischen Ausführungsplanung (LAP) zu erstellen. Die LAP wiederum ist nach Vorgabe der Auflage A II 9.1.1 des Planfeststellungsbeschlusses mit der zuständigen Naturschutzbehörde abzustimmen. Die Planfeststellungsbehörde geht mithin davon aus, dass die Anforderungen durch die Untere Naturschutzbehörde bereits durch die Auflage A II 9 1 1 gedeckt sind.

Das Landesamt für Umwelt hat in seiner Stellungnahme auf die Berücksichtigung von § 40 BNatSchG (Verwendung gebietsheimisches Saatgut) verwiesen. Auch in diesem Fall ist die Ergänzung einer entsprechenden Auflage entbehrlich, da die Voraussetzungen des Mustermaßnahmentyps 3, unter den die Maßnahme WS 327 fällt, beinhalten, dass für die Ansaat autochthones Saatgut zu verwenden und dessen Herkunft nachzuweisen ist (Mittel- und Ostdeutsches Tiefland). Die Verwendung gebietsheimischen Saatguts wird mithin bereits vorgegeben.

## 6 Denkmalschutz

Das Vorhaben ist nach Maßgabe der unter A II Nr. 2) erteilten Erlaubnis sowie der bereits planfestgestellten Auflagen A II 17.2.3.2 und A II 17.2.4 mit den Belangen des Denkmalschutzes vereinbar.

Nach Angabe des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum befindet sich auf Teilen der von dem Vorhaben beanspruchten Flurstücke das Bodendenkmal BD12477 - Waltersdorf bei Kö. Wusterhausen 11 - Siedlungen Neolithikum / Bronzezeit / Eisenzeit. Die durch das Vorhaben beanspruchten Flurstücke sollen von Landwirtschaftsflächen (Intensivacker) in Flächen für die Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen verändert werden. Da es sich hierbei um eine Änderung der Bodennutzung i. S. d. § 9 Abs. 1 Nr. 5 Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz - BbgDSchG) handelt, ist eine Erlaubnis gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 2 BbgDSchG erforderlich. Diese wird entsprechend der Konzentrationswirkung nach § 9 Abs. 1 LuftVG, § 75 VwVfG mit diesem Änderungsplanfeststellungsbeschluss erteilt. Das öffentliche Interesse an der Durchführung der durch die zugelassenen Eingriffe der 25. bis 27. Planänderung erforderlichen Kompensationsmaßnahmen überwiegt die Belange des Denkmalschutzes. Es ist nicht mit einer Beschädigung oder Zerstörung des Bodendenkmals zu rechnen, da auf den Flurstücken lediglich eine Wiesenansaat im Unterschied zur bisherigen intensiven Nutzung als Ackerfläche erfolgt. Zudem gelten die Auflagen A II 17.2.3.2 und A II 17.2.4 des Planfeststellungsbeschlusses auch für das durch diesen Änderungsplanfeststellungsbeschluss zugelassene Vorhaben, weshalb die Belange des Denkmalschutzes angemessen berücksichtigt werden. Die Grundsätze des BbgDSchG, die Denkmale als Quellen und Zeugnisse menschlicher Geschichte und prägende Bestandteile der Kulturlandschaft des Landes Brandenburg zu schützen, zu erhalten, zu pflegen und zu erforschen, werden mithin beachtet.

## 7 Landwirtschaft

Die Durchführung der geplanten Ersatzmaßnahme des Kompensationspools 3 ist mit den Belangen der Landwirtschaft vereinbar. Die Ersatzmaßnahme ist auch unter Berücksichtigung der von ihr möglicherweise ausgehenden Beeinträchtigung der Landwirtschaft zuzulassen. Die betroffenen Pächter wurden durch schriftliche Anhörung beteiligt und haben keine Einwendungen erhoben.

Die Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen ist bei der konkreten Festlegung der in den Planänderungen Nr. 25 bis 27 vorbehaltenen Kompensationsmaßnahmen erforderlich und somit unvermeidbar. Alternativen, die zu einer geringeren Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen führen würden, sind nicht ersichtlich. Zudem ist der Flächenbedarf für die Maßnahme WS 327 auf den



zur Umsetzung der naturschutzfachlich erforderlichen Kompensation nötigen Umfang begrenzt worden. Ohne Gefährdung der Planungsziele kann er nicht weiter reduziert werden

Die beanspruchten landwirtschaftlichen Flächen stellen kein besonders wertvolles, also besonders ertragreiches Ackerland dar (vgl. Nr. 2.2). Die Planfeststellungsbehörde geht ohne Einholung eines landwirtschaftlichen Sachverständigengutachtens davon aus, dass die Durchführung der geplanten Maßnahme nicht zu einer Existenzgefährdung eines der betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe führt. Eine Existenzgefährdung ist weder eingewendet worden noch drängt sie sich für die Planfeststellungsbehörde auf.

## **8 Leitungen und Anlagen**

Hinsichtlich gegebenenfalls bestehender Leitungen und Anlagen ist nicht mit einer Beeinträchtigung durch die geplante Wiesenansaat der Maßnahme WS 327 zu rechnen. Im Übrigen stellen die bereits planfestgestellten Auflagen unter A II 16.9 sicher, dass Beeinträchtigungen von Versorgungsleitungen vermieden werden.

## **9 Grundeigentum**

Die für die geplante Maßnahme WS 327 benötigten Flurstücke stehen bereits vollumfänglich im Eigentum der Vorhabenträgerin, weshalb privates, fremdes Grundeigentum nicht in Anspruch genommen werden muss.



## **D Abschließende Gesamtbetrachtung**

Dem Antrag der Vorhabenträgerin war stattzugeben.

Die Planfeststellungsbehörde hat im Rahmen des Planänderungsverfahrens nicht nur jeden einzelnen der berührten Belange gegen das Interesse an dem Änderungsvorhaben abgewogen, sondern auch eine Abwägung aller gegen das Vorhaben sprechenden Belange in ihrer Gesamtheit gegen das Interesse am Änderungsvorhaben vorgenommen.

Zwar vermag der Planfeststellungsbeschluss nur unter Zurückstellung einzelner privater und öffentlicher Belange zustande kommen. Im Rahmen der Gesamtabwägung war hier jedoch zu berücksichtigen, dass Gegenstand des vereinfachten Planänderungsverfahrens nicht die erstmalige Anlegung eines Flughafens war, sondern die Anpassung des Folgenbeseitigungsprogrammes, namentlich der naturschutzfachlichen Eingriffsregelung. Der vorliegende Beschluss stellt sicher, dass das der Vorhabenträgerin auferlegte Kompensationssoll vollumfänglich und in einer den gesetzlichen Anforderungen entsprechenden Weise erfüllt werden kann.

Die Planfeststellungsbehörde ist zu der Überzeugung gelangt, dass durch das Änderungsvorhaben weder öffentliche noch private Belange in einer solchen Art und Weise beeinträchtigt werden, dass das Interesse an der Umsetzung des Änderungsvorhabens insgesamt zurücktreten müsste.

**E      Hinweis zur sofortigen Vollziehbarkeit**

Dieser Änderungsplanfeststellungsbeschluss betrifft die Änderung eines Flughafens. Die sofortige Vollziehbarkeit des Planfeststellungsänderungsbeschlusses ergibt sich aus § 10 Abs. 4 Satz 1 LuftVG. Danach hat eine Anfechtungsklage gegen diesen Beschluss keine aufschiebende Wirkung. Es liegt ein Fall der gesetzlichen Sofortvollziehbarkeit nach § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vor, so dass es keiner Anordnung der sofortigen Vollziehung gemäß § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 VwGO bedarf.



## **F Kostenentscheidung**

Die FBB als Trägerin des Vorhabens hat gemäß §§ 1 und 14 Verwaltungskostengesetz (VwKostG) die Kosten des Planänderungsverfahrens zu tragen.

Die Entscheidung ist nach §§ 2 und 3 VwKostG, §§ 1 und 2 Kostenverordnung der Luftfahrt (LuftkostV) i. V. m. Abschnitt V Nr. 9a) des Gebührenverzeichnisses zur LuftkostV gebührenpflichtig

Die in diesem Verfahren entstandenen Auslagen sind gemäß § 10 VwKostG i. V. m. § 3 LuftkostV von den Trägern des Vorhabens zu erstatten.

Die Höhe der festzusetzenden Gebühr und die zu erstattenden Auslagen werden gesondert festgesetzt.

Die den beteiligten Behörden und Verbänden erwachsenen Kosten sind nicht erstattungsfähig.



## G Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, Hardenbergstraße 31, 10623 Berlin, schriftlich oder in elektronischer Form mit einer qualifizierten elektronischen Signatur im Sinne des Signaturgesetzes auf dem unter [www.berlin.de/erv](http://www.berlin.de/erv) veröffentlichten Kommunikationsweg Klage erhoben werden.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten.

Die zur Begründung der Klage dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden. Nach § 10 Abs. 5 LuftVG hat der Kläger innerhalb einer Frist von sechs Wochen die zur Begründung seiner Klage dienenden Tatsachen und Beweismittel anzugeben. Das Gericht kann Erklärungen und Beweismittel, die erst nach Ablauf dieser Frist vorgebracht werden, zurückweisen und ohne weitere Ermittlungen entscheiden, wenn ihre Zulassung nach der freien Überzeugung des Gerichts die Erledigung des Rechtsstreits verzögern würde und der Beteiligte die Verspätung nicht genügend entschuldigt.

Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.


Nach § 67 Abs. 4 VwGO muss sich vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) jeder Beteiligte, außer im Prozesskostenhilfverfahren, durch Prozessbevollmächtigte vertreten lassen. Dies gilt auch für Prozesshandlungen, durch die ein Verfahren vor dem OVG eingeleitet wird. Als Bevollmächtigte sind nur Rechtsanwälte oder Rechtslehrer an einer deutschen Hochschule im Sinne des Hochschulrahmengesetzes mit Befähigung zum Richteramt zugelassen. Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse können sich durch eigene Beschäftigte mit Befähigung zum Richteramt oder durch Beschäftigte mit Befähigung zum Richteramt anderer Behörden oder juristischer Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse vertreten lassen. Vor dem OVG sind auch die in § 67 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 bis 7 VwGO bezeichneten Personen und Organisationen als Bevollmächtigte zugelassen.


Gemäß § 10 Abs. 4 LuftVG hat die Klage keine aufschiebende Wirkung. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO kann nur innerhalb eines Monats nach der Bekanntgabe dieses Bescheids beim OVG Berlin-Brandenburg gestellt und begründet werden.

Treten später Tatsachen ein, die die Anordnung der aufschiebenden Wirkung rechtfertigen, so kann der durch diesen Bescheid Beschwerde einen hierauf gestützten Antrag innerhalb einer Frist von einem Monat stellen. Die Frist beginnt in dem Zeitpunkt, in dem der Beschwerde von den Tatsachen Kenntnis erlangt.

Schönefeld, den 15. Dezember 2017

Im Auftrag

  
Diekmann





30. Änderung des Planfeststellungsbeschlusses  
vom 13.08.2004 i. d. F. vom 13.07.2017



Änderungsantrag Nr. 35

5/01/30/109

Inhalt

---

Ordner: 1

---

Pläne      Grunderwerbsplan

Plan G-0004.0-A5      Grunderwerb      M 1 : 1.000  
Deckblatt, Grunderwerbsplan  
(30.06.2017)

G      Grunderwerb

G 1.2      Grunderwerbsverzeichnis

H      Landschaftspflegerischer Begleitplan

H9      Tabellenanhang:

Teil 3 A:      Mustermaßnahmentypen

Teil 3 B:      Maßnahmenblätter

Pläne      Landschaftspflegerischer Begleitplan - Maßnahmenplan:

H 6.2-3E Ae1-A1      Landschaftspflegerischer Begleitplan - Maßnahmenplan      M 1 : 5.000  
Lageplan - Deckblatt  
(30.06.2017)